



Haushalts- und Finanzausschuss

81. Sitzung (öffentlich)

24. September 2015

Oberhausen – CongressCentrum

09:30 Uhr bis 10:40 Uhr;

10:45 Uhr bis 10:50 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Karin Wirsdörfer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3237 – Stellungnahme zu Fragen der CDU-Fraktion

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2015 bis 2019 mit Finanzbericht 2016 des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 16/9301

– Fortsetzung der Haushaltsberatungen aus TOP 1 der 80. Sitzung

Der Ausschuss berät in folgender Reihenfolge:

Einzelplan 04: Justizministerium	5
Erläuterungsband Vorlage 16/3189	
Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof	6
Erläuterungsband Vorlage 16/3205	
Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung	6
Erläuterungsband Vorlage 16/3183	
Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	9
Erläuterungsband Vorlage 16/3104	
Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport	10
Erläuterungsband Vorlage 16/3172	
Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	11
Erläuterungsband Vorlage 16/3129	
Einzelplan 10: Ministerium für Klima, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	12
Erläuterungsband Vorlage 16/3199	
Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	14
Erläuterungsband Vorlage 16/3176	
Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	14
Erläuterungsband Vorlage 16/3171	
Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	15
Erläuterungsband Vorlage 16/3177	

2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. und im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2015 16

Vorlage 16/3170

Vorlage 16/3168 (Neudruck)

3 Anmeldung zum Rahmenplan 2015 bis 2018 nach § 7 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) 16

Vorlage 16/3102

TOP 2 und 3 wurden bereits in der gestrigen Sitzung beraten
(siehe APr 16/1011, TOP 15 und 16).

4 Veranstaltungskosten der Landesregierung 17

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/3220 (Neudruck)

(vgl. Drucksache 16/9436)

MDgt Rainer Steffens (LV EU, Brüssel) antwortet auf Fragen
der CDU- und der FDP-Fraktion.

5 Kreditfinanzierung des Landeshaushalts 19

Bericht des Finanzministeriums

Der Punkt wird einvernehmlich auf den 29.10.2015
verschoben.

6 Verschiedenes 19

Keine Wortmeldungen.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3237 – Stellungnahme zu Fragen der CDU-Fraktion

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2015 bis 2015 mit Finanzbericht 2016 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/9301

– Fortsetzung der Haushaltsberatungen aus TOP 1 der 81. Sitzung

Einzelplan 04: Justizministerium

Erläuterungsband Vorlage 16/3189

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) erkundigt sich nach den Mehreinnahmen aus Verfahren, zum Beispiel Kartellverfahren bzw. Kollateralverfahren zu Dingen, die aus der Finanzverwaltung angestoßen worden seien. Er wüsste gern, was für 2016 erkennbar sei und wie sich der Haushaltsvollzug 2015 darstelle.

Richter am OLG Dr. Alexander Meyer (JM) geht davon aus, dass neben Kartellverfahren Großverfahren im Zusammenhang mit Finanzermittlungen, etwa das UBS-Verfahren, gemeint seien. Hier habe es in der Tat größere Positionen gegeben. Ihm seien momentan aber keine Verfahren bekannt, die im Jahre 2016 Beträge in ähnlicher Größenordnung erwarten ließen. Der Einnahmenstand für 2015 habe im August bei 545 Millionen € gelegen. Im Jahr 2014 habe er im selben Monat 590 Millionen € betragen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) möchte weiter wissen, wann mit Informationen gerechnet werden könne, wie es konkret mit dem Justizvollzugsmodernisierungsprogramm weitergehe und wie der Mittelabfluss 2015 sei.

Richter am OLG Dr. Alexander Meyer (JM) verweist bezüglich der Einzelheiten auf die Antwort der Landesregierung auf die entsprechende Kleine Anfrage aus der CDU-Fraktion (Drucksache 16/9742). Zum 31. Dezember 2015 werde die Schließung ver-

schiedener Zweiganstalten erfolgen, womit die Modernisierung bestehender Hauptanstalten verbunden sei. Die Planungen liefen. Darüber hinaus sei derzeit im Grunde nichts zu sagen.

Zum konkreten Mittelabfluss könne er im Moment keine Auskunft geben.

Vorsitzender Christian Möbius schlägt vor, dass das im Berichterstattegespräch geschehe.

Einzelplan 16: Verfassungsgerichtshof

Erläuterungsband Vorlage 16/3205

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) kann nachvollziehen, dass ein Verfassungsorgan einen eigenen Etat haben möchte, fragt sich aber, ob dafür ein eigener Haushaltsband erforderlich sei.

ORR Markus Speier (VGH NRW) macht deutlich, der VGH sei ein gegenüber allen Verfassungsorganen unabhängiger Gerichtshof. Diese Stellung solle sich auch in einem eigenen Haushaltsplan abbilden. Auch wenn dieser überschaubar sei, sei es im Vergleich zu den Einzelplänen des Landtags und des Landesrechnungshofes sicherlich angebracht, dem VGH einen eigenen Einzelplan zuzugestehen.

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Erläuterungsband Vorlage 16/3183

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) kommt zurück auf die gestrige Diskussion, in der sich das Finanzministerium außerstande gesehen habe, fachliche Erläuterungen zur Präventionsrendite zu geben. Er wüsste erstens gern, wie sich die Präventionsrendite konkret errechne, und zweitens, wie die tatsächlichen Minderungen bei den globalen Minderausgaben als sogenannte „neue Freiräume im Bildungsetat“ genutzt bzw. nicht genutzt worden seien.

MR Nicole Michels (MSW) antwortet auf die zweite Frage, mittlerweile habe man eine Präventionsrendite von 25 Millionen € erwirtschaftet; das seien 500 Jahresstellen à 50.000 € jährlich. Die Stellenabsetzung sei bereits erfolgt; der letzte finanzielle Beitrag dazu werde im Haushalt 2016 anteilig abgesetzt.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung habe die globale Minderausgabe im Einzelplan 05 um 25 Millionen € abgesenkt bekommen. Im Haushaltsjahr 2013 habe die GMA noch bei fast 60 Millionen € gelegen; mittlerweile betrage sie – auch unter Berücksichtigung anderer Anrechnungen – knapp 23 Millionen €, was insbesondere

dazu geführt habe, dass keine GMA bei den Mitteln für flexiblen Vertretungsunterricht mehr ausgewiesen werden müssten. Insofern seien also Spielräume genutzt worden.

LMR Thomas Frein (MSW) erläutert weiter, das Ziel des präventiven Politikansatzes sei es, etwa Warteschleifen in Berufskollegs zu vermeiden oder zu verringern, wodurch sich die Verweildauer der Schülerinnen und Schüler im System verkürze. Dadurch verringere sich auch der Stellenbedarf. Hinter der Präventionsrendite stecke die Annahme, dass ohne diesen präventiven Politikansatz die Schülerzahl höher sei und damit auch ein höherer Stellenbedarf gegeben wäre.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) fragt nach, welche Grundlage die dargestellte Annahme habe. Der Landtag wolle ja anhand von konkreten Kennzahlen über den Haushalt entscheiden, wenn er sich modernen Steuerungsinstrumenten nähern wolle. Ansonsten sei das ja eine politische Setzung, die einer zahlenmäßigen Betrachtung nicht zugänglich sei.

LMR Thomas Frein (MSW) bemerkt, es sei schwierig, eine Vergleichsrechnung anzustellen, weil man nicht wisse – und auch unter einem Produkthaushalt nicht wissen werde –, wie sich die Schülerzahlen ohne Präventionsrendite entwickelt hätten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) hält dies für den Versuch einer Beweislastumkehr. Normalerweise müsse derjenige, der Geld ausgeben wolle, dem Finanzministerium gegenüber nachweisen, dass er das Geld brauche. Hier behaupte das Schulministerium, es sei etwas eingetreten, was zu einer Reduzierung bestimmter Belastungen führe. Er bitte deshalb, diese Behauptung mit Zahlen, Daten und Fakten zu hinterlegen; ansonsten hielte er das für eine Haushaltsberatung für nicht tauglich.

Es gebe doch Zahlenreihen über die Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten Jahren, und es gebe jetzt Prognosen über die weitere Entwicklung der Schülerzahlen. Wenn das Ministerium auf die Zahl 500 komme, müsse es doch intern Zahlenreihen entwickelt haben. Ansonsten handele es sich um eine politische Setzung – härter ausgedrückt: um Propaganda –, die mit dem Haushalt nichts zu tun habe. Er akzeptiere, dass es bei jeder Prognose Probleme gebe; es müssten aber Zahlen existieren, die Grundlage der Argumentation seien, und diese bitte er zur Verfügung zu stellen.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) fragt Herrn Dr. Optendrenk, ob er ein Problem damit habe, dass die Landesregierung präventive Politik betreibe, und ob er beispielsweise, was die Bewältigung des Zustroms von Menschen auf der Flucht angehe, nur dann bereit sei, präventiver Politik zuzustimmen, wenn auszurechnen sei, was es koste, wenn man präventive Politik nicht betreiben würde, und ob er etwa der Wirtschaftsförderung auch nur dann zustimmen wolle, wenn die dadurch erreichte zusätzliche Beschäftigung und die zusätzlichen Steuereinnahmen schon genau ausgewiesen werden könnten.

Als Finanzminister finde er es richtig, auch Mittel einzusetzen, um Probleme von morgen gar nicht erst entstehen zu lassen oder um dadurch künftige Einnahmen zu generieren. Wenn das Ressort anbiete, aufgrund von vorher erbrachten Leistungen auf eine bestimmte Zahl von Stellen zu verzichten, dann nehme er das an.

Das habe mit der globalen Minderausgabe nichts zu tun. Wenn die Mitglieder der Landesregierung mit dem Finanzminister darüber verhandeln, wie eine GMA auf die Ressorts verteilt werde, könne man sich natürlich ansehen, welche Ressorts weniger variable Mittel hätten, sodass die GMA möglicherweise in Bereichen erbracht werden müsse, wo dies niemand wolle, und dann selbstverständlich Verschiebungen vornehmen und so einzelne Ressorts entlasten. Das sei kein Beweis dafür, dass präventive Politik nicht gewirkt habe oder es sich dabei um „Propaganda“ handle.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) meint, Minister Walter-Borjans habe vor einiger Zeit das Gegenteil dargestellt. Er zitiere ihn wie folgt (*siehe Vorlage 16/3237, Seite 5*):

„Diesen Lehrerstellen steht im Endausbau ein Einsparvolumen von 25 Millionen Euro jährlich gegenüber. Da es sich um strukturelle Einsparungen handelt, wurden sie bei der Bemessung der Globalen Minderausgaben im Einzelplan 05 mindernd berücksichtigt, sodass sich neue Freiräume im Bildungsetat ergeben haben.“

Dort sei nicht von Verhandlungen oder von reiner Politik, sondern von Zahlen die Rede. Gestern habe er auch nur gebeten, darzustellen, was hinter dieser Errechnung liege.

Er stimme zu, dass es etwa bei der Wirtschaftsförderung gute Gründe dafür gebe, Annahmen zu treffen, welche Maßnahmen sinnvoll seien und Erfolge versprechen. Man sei sich auch einig, dass präventive Politik besser sei, als alles laufen zu lassen. Aber auch da gebe es wissenschaftliche Begleitung und unterschiedliche Bewertungen. Die Politik der Landesregierung verfolge einen bestimmten Ansatz, und er wolle wissen, wie sich die erwünschten gesellschaftspolitischen Auswirkungen in Zahlen abbildeten und woher diese Zahlen kämen.

LMR Thomas Frein (MSW) legt dar, dies sei insofern errechenbar, als man davon ausgehen könne, dass ohne den präventiven Politikansatz die Schülerzahlprognose natürlich anders ausgesehen hätte. Bei der vollzeitschulischen Ausbildung im Berufskolleg hätte man vermutlich 7.000 bis 8.000 Schülerinnen und Schüler mehr prognostiziert. Insofern sei der Ansatz zum Tragen gekommen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) stellt klar, er wolle niemandem einen Vorwurf machen, sondern er sei lediglich an dem Zahlenwerk und den Rechenoperationen, aus denen sich die Annahmen ergäben, interessiert und fragt, ob er das schriftlich bekommen könne. – **LMR Thomas Frein (MSW)** sagt dies für das Berichterstattergespräch zu.

Zu der Schnittstelle zwischen dem Haushaltsentwurf 2016 und dem dritten Nachtrag zum Haushalt 2015 möchte **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** erstens wissen, zu welchem Zeitpunkt voraussichtlich die 2.625 Lehrerinnen und Lehrer, die sich aus dem

dritten Nachtrag ergäben, eingestellt werden könnten und ob sich das aus der Haushaltsergänzung ergeben werde. Zweitens interessiere ihn noch, welche weiteren Veränderungen des Haushaltsentwurfs 2016 das Thema „Flüchtlinge“ noch für den Schulbereich voraussichtlich mit sich bringen werde.

Zum Thema „Lehrereinstellungen“ erläutert **LMR Thomas Frein (MSW)**, die Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber aus den Bewerberdateien und den Referendaren, die zum 1. November fertig würden, liege bei ungefähr 7.000. Auch unter Berücksichtigung der Ersatzeinstellungen zum 1. Februar 2016 seien das mehr Lehrerinnen und Lehrer, als eingestellt werden könnten. Die Situation stelle sich allerdings nach Regionen, nach Schulformen und nach Fächern unterschiedlich dar, sodass die Stellen sicherlich nicht alle unmittelbar besetzt werden könnten. Man sei aber zuversichtlich, dass noch im Oktober 2015 die ersten Einstellungen vorgenommen würden und der größte Teil der Stellen relativ bald besetzt werden würde.

Was die weiteren Beratungen der Landesregierung zu der Ergänzung für den Haushaltsentwurf 2016 ergäben, könne er noch nicht sagen.

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Erläuterungsband Vorlage 16/3104

Bernd Krückel (CDU) möchte über das hinaus, was man in der gestrigen Sitzung gehört habe, wissen, wie der genaue Zeitplan für das Hochschulbaukonsolidierungsprogramm aussehe, wie perspektivisch geplant werde und ob bereits ein Mittelabfluss stattgefunden habe.

RB Dr. Dieter Herr (MIWF) legt dar, im Moment werde der Grundlagenvertrag zwischen den Ressorts und dem BLB ausgehandelt, in dem die Regeln für die konkrete Umsetzung festgelegt würden. In einem zweiten Schritt würden mit den Hochschulen und dem BLB die konkreten Maßnahmen und deren Umsetzung besprochen. Daher könne er zu den einzelnen Investitionsmaßnahmen noch keine Angaben machen. Die genannten Gespräche fänden auf der Grundlage der Haushaltsplanung statt; daran würden sich auch die Maßnahmen orientieren.

Was den bisherigen Mittelabfluss angehe: Es seien erst einige Maßnahmen in der Planung; das Gros der Maßnahmen müsse erst identifiziert werden. Den Umfang der bis Oktober abgeflossenen Planungsmittel könne er zum Berichterstattergespräch mitteilen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) interessiert, welche Konzeption im Grundsatz das Ministerium verfolge und nach welchen Kriterien von Prioritäten das Fachressort Vorgehen an die Hochschulen mache: ob es darum gehe, mit einem gegebenen Volumen möglichst viel Investitionsstau aufzulösen und zu schauen, wie weit man damit komme,

oder ob das Ministerium strukturelle Prioritäten habe, was besonders wichtig sei, saniert, modernisiert oder neu errichtet zu werden.

Das Wort „Vorgaben“ höre das Ministerium ungern, weil es sich um einen Dialogprozess handele, antwortet **RB Dr. Dieter Herr (MIWF)**. Dass die Hochschulbaugruppe im ständigen Dialog mit den Hochschulen stehe, ergebe sich schon aus dem HMoP-Prozess, der dem HKoP zeitlich vorgeordnet gewesen sei.

Es gebe noch keinen festen Kanon, nach dem er die Maßnahmen benennen könne. Für die einzelnen Hochschulen sei eine Interessenquote von 10 % eingeplant, was auch der effizienten Allokation der Mittel diene. Das Ministerium habe aus seinen planerischen und fachlichen Überlegungen Vorstellungen, wie es die Prioritäten setzen würde; man sei aber bewusst im Dialogprozess mit den Hochschulen und wolle das nicht am grünen Tisch entscheiden. Man einige sich zunächst über die Grundlagen der Umsetzung, und dann werde mit den einzelnen Hochschulen gesprochen und würden die konkreten Maßnahmen und deren Priorisierung vereinbart.

Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport

Erläuterungsband Vorlage 16/3172

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) stellt fest, es gebe in der CDU-Fraktion und in der Landesregierung unterschiedliche Rechtsauffassungen zur Konnexitätsrelevanz von Ausgaben im Bereich des KiBiz. Er bitte einmal, die aus diesen unterschiedlichen Rechtsauffassungen resultierenden haushalterischen Auswirkungen darzustellen.

MR Wolfram Kullmann (MFKJKS) legt dar, das Ministerium habe einen Haushaltsentwurf auf der Basis des Konnexitätsausgleichsgesetzes vorgesehen. Für 2016 seien Ausgaben von 270 Millionen € veranschlagt. Eine Vergleichsberechnung in dem von Herrn Dr. Optendrenk gewünschten Sinne habe man nicht vorgenommen.

Ralf Witzel (FDP) fragt zur Finanzierung des Pina-Bausch-Archivs in Wuppertal, was die Voraussetzungen für den Abfluss der für 2016 eingestellten Mittel seien und wie sich die weitere Finanzierung gestalten werde.

MR Wolfram Kullmann (MFKJKS) erläutert, für das Pina-Bausch-Zentrum werde das Land 500.000 €, die Stadt Wuppertal ebenfalls 500.000 € und der Bund eine Million € bereitstellen. Diese Kosten entstünden, um im Wege einer Machbarkeitsstudie zu überprüfen, ob und in welchem Umfang ein solches Vorhaben realisierbar sei.

Ralf Witzel (FDP) möchte weiter wissen, in welchem Zeitraum denn das Pina-Bausch-Zentrum gegebenenfalls realisiert werden könne und ob die 2 Millionen € wirklich für die Machbarkeitsstudie notwendig seien.

Der fachliche Beirat, der sich in Wuppertal damit beschäftige, sei mit den beiden anderen Finanziers zu der Einschätzung gekommen, dass diese Studie für ein solches Vorhaben zwingend erforderlich sei, antwortet **MR Wolfram Kullmann (MFKJKS)**. Im Zuge der Machbarkeitsstudie werde man auch zu erfassen versuchen, wie groß das Gesamtvolumen sein werde und ob es finanzierbar sei.

Auf die Frage von **Ralf Witzel (FDP)**, ob über die Finanzierung der Machbarkeitsstudie hinaus im Jahre 2016 eine Haushaltsrelevanz entstehe, stellt **MR Wolfram Kullmann (MFKJKS)** fest, nach seinem Informationsstand werde das Jahr 2016 ausschließlich genutzt, um im Wege der Machbarkeitsstudie die Möglichkeiten auszuloten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) kommt zurück auf das Thema „Kinder“ und fragt, was die in den Medien erörterte – und auch von den Koalitionsfraktionen angedachte – Dynamisierung der Kindpauschale für den Haushalt bedeuten würde.

Im KiBiz sei eine dynamische Quote von 1,5 % festgelegt, entgegnet **MR Wolfram Kullmann (MFKJKS)**. Eine etwaige Erhöhung dieser Quote könnte mathematisch sofort nachvollzogen werden.

Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Erläuterungsband Vorlage 16/3129

Bernd Krückel (CDU) fragt, welche Maßnahmen die Landesregierung 2016 ergreife, um die Planungskapazitäten des Landesbetriebs Straßen.NRW zu erhöhen.

ORR Marion Steinel (MBWSV) teilt mit, beim Landesbetrieb seien entsprechende Stellen für Planungsingenieure besetzt worden. Insofern seien Maßnahmen eingeleitet, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Bernd Krückel (CDU) möchte gern den Umfang dieser Maßnahmen des Jahres 2015 erfahren und darüber hinaus wissen, welche planerischen Aktivitäten für das kommende Jahr geplant seien.

ORR Marion Steinel (MBWSV) wird das im Berichterstattegespräch mitteilen.

Dirk Wedel (FDP) bittet um Auskunft, welche Maßnahmen zu der Einsparung von 7,1 Millionen € bei Straßen.NRW führen sollten, die das Effizienzteam ausgeworfen habe und die auf Seite 3 der Vorlage 16/3237 erwähnt seien.

Dabei handele es sich um mehrere Maßnahmen, antwortet **ORR Marion Steinel (MBWSV)**: die Neustrukturierung des Landesbetriebs mit den neuen Regionalniederlassungen, Maßnahmen zur Einkaufsoptimierung und weitere Sparmaßnahmen im Etat. Details könnten im Berichterstattergespräch gerne nachgeliefert werden.

Einzelplan 10: Ministerium für Klima, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Erläuterungsband Vorlage 16/3199

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) führt aus, zum Thema „Klimagerechter Stadtumbau“ habe er der gestrigen Presse entnommen, dass eine Reihe von Ruhgebietskommunen Interesse bekundet hätten, auch eine Maßnahme wie InnovationCity Bottrop gefördert zu bekommen. Er bitte darzustellen, aus welchen Töpfen wie viele Mittel bisher vom Land, vom Bund und von der EU in dieses Projekt geflossen seien – vor dem Hintergrund der Begehren, das auf andere Kommunen zu übertragen.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) würde diese Frage gerne im Berichterstattergespräch beantworten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bittet darzulegen – gegebenenfalls schriftlich –, welche neuen Projekte, die über die normale Tätigkeit des Ressorts hinausgingen, seit 2010 neu gestartet worden seien, welche Laufzeiten diese hätten, an wen sie vergeben worden seien und ob und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis zwischenzeitlich eine Evaluation erfolgt sei.

Dazu merkt **LMR Achim Kaschny (MKULNV)** grundsätzlich an, der Einzelplan 10 enthalte sehr viele Förderprogramme. Das Ministerium mache insofern von der Möglichkeit Gebrauch, über die 427er-Titel für Aushilfsbeschäftigte Personal einzustellen. Die einzelnen Fragen würde er auch gerne zum Berichterstattergespräch beantworten.

Dirk Wedel (FDP) fragt, wie sich die Einsparungen von 3,9 Millionen €, die der Landesbetrieb Wald und Holz erbringen solle, aufgliederten.

Dies habe das Ministerium in einer Vorlage zum Haushalt 2015 ausführlich dargestellt, antwortet **LMR Achim Kaschny (MKULNV)**. Nach seiner Erinnerung handele es sich um mehr als zehn Einzelmaßnahmen; daran habe sich nichts geändert.

Ralf Witzel (FDP) bemerkt, das Umweltressort habe bekanntlich 300 Umweltassistenten an das Innenressort abgegeben, wo deren Einsatz durch die Bezirksregierungen erfolge, und fragt, in welche Aufgaben diese Personen gewechselt seien.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) wird das mit dem Innenministerium klären.

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Erläuterungsband Vorlage 16/3176

Bernd Krückel (CDU) legt dar, für den Hilfsfonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe, über den schon mehrfach diskutiert worden sei, habe man Mittel im Kapitel 11 010 Titel 526 20 gefunden, der überschrieben sei mit: „Ausgaben für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben“. Er wüsste gern, warum keine konkrete Zuordnung zu dem Hilfsfonds erfolge.

MR Sven-Axel Köster (MAIS) erläutert, diese Sachmittel seien im sogenannten Ergebnisbudget so zu veranschlagen. Mittel für die Zuführung an die beabsichtigte Stiftung seien noch nicht veranschlagt, weil bisher keine Etatreife gegeben sei. Hierzu habe eine Arbeitsgruppe bis zum 31. August gearbeitet und jetzt erste Ergebnisse vorgelegt. Die Landesregierung werde in einer Ergänzungsvorlage die entsprechende Anmeldung vornehmen.

Die Höhe der Mittel, wonach sich **Bernd Krückel (CDU)** erkundigt, ist nach Angaben von **MR Sven-Axel Köster (MAIS)** noch unklar. Für die Entschädigungsregelung gebe es drei Modelle; es sei noch kein Einvernehmen erzielt worden, welches Modell verfolgt werde. Darüber hinaus gebe es zu dem Personenkreis, der Leistungen in Anspruch nehmen könne, und zur Zahl derjenigen, die dann tatsächlich einen Antrag stellten, bislang nur Schätzungen. Unklar sei auch noch, inwieweit die Lasten in den Ostländern getragen würden. Es gebe also noch einige Fragen, die aber kurzfristig geklärt werden sollten.

Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Erläuterungsband Vorlage 16/3171

Dietmar Schulz (PIRATEN) fragt erstens, ob es zutreffe, dass der im Haushaltsentwurf für die Förderung des Breitbandausbaus enthaltene Strichansatz mit dem Ergebnis der Digitalen Dividende II, nämlich 133 Millionen €, ausgefüllt werde.

Da er keine Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre finde, interessiere ihn zweitens, wie viel das Land in den nächsten drei Jahren für die Förderung des Breitbandausbaus zur Verfügung stellen wolle.

MR Thomas Bente (MWEIMH) teilt mit, Nordrhein-Westfalen erhalte 2 Millionen € mehr, nämlich 135 Millionen €, aus der Digitalen Dividende II, und diese würden ausschließlich für den Breitbandausbau eingesetzt. Die Breitbandmittel würden als Selbstbewirtschaftungsmittel veranschlagt. Das bedeute, dass sie überjährig, durchaus auch

bis 2018, zur Verfügung stünden und in diesem Rahmen auch genutzt werden könnten. Verpflichtungsermächtigungen würden insofern nicht benötigt. Der Einsatz dieser Mittel erfolge voraussichtlich zusammen mit Bundesmitteln. Es gebe dazu bereits den Entwurf einer Förderrichtlinie des Bundes; diese werde voraussichtlich demnächst verabschiedet.

Dietmar Schulz (PIRATEN) würde dazu gern erfahren, mit welchem Ausbaustand die Landesregierung bis zum Jahr 2018 rechnet.

Die Landesregierung erwarte einen guten Ausbaustand, antwortet **MR Thomas Bente (MWEIMH)**. Allerdings werde der Bund seine Mittel nicht nach dem Königsteiner Schlüssel oder ähnlichen Kriterien verteilen, sondern er lasse sich von den Kommunen Projektskizzen vorlegen und wolle diese mithilfe eines Scoring-Modells bewerten. Nach dem Bewertungsschlüssel sollten die Kommunen dann im gesamten Bundesgebiet unterstützt werden. Zu den so bewilligten Projektmitteln werde das Land die erforderliche Kofinanzierung bereitstellen. Wie das im Endeffekt aussehen werde, könne er nicht sagen.

Dietmar Schulz (PIRATEN) fragt weiter, ob und in welcher Höhe die Landesregierung Vectoring fördern wolle und warum gegebenenfalls diese Mittel nicht nachhaltig in den Ausbau von Glasfasernetzen gesteckt würden.

Da die Mittel zusammen mit dem Bund eingesetzt würden und der Bund ein Scoring-System habe, kann **MR Thomas Bente (MWEIMH)** nicht sagen, ob bei dem einen oder anderen Projekt Vectoring oder Glasfaser den Vorzug bekommen werde. Er glaube aber schon, dass man in Nordrhein-Westfalen eher an Glasfaser interessiert sei.

Abschließend fragt **Dietmar Schulz (PIRATEN)** wie viel Prozent der Breitbandförderung in den vergangenen Jahren an die großen Telekommunikationsanbieter gegangen seien und ob die künftige Entwicklung dieser Förderung dem Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt zuträglich sein werde.

MR Thomas Bente (MWEIMH) würde die Antwort gern im Berichterstattergespräch nachliefern.

Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Erläuterungsband Vorlage 16/3177

Hierzu ergeben sich keine Nachfragen.

